

Sekundarlehrpersonen, die Schulklassen mit ukrainischen Geflüchteten unterrichten, beklagen, dass die von ihnen vorgelegten "sur dossier" Anträge auf Aufnahme ihrer Schüler:innen von den weiterführenden Mittelschulen (IMS, FMS, WMS) für das Schuljahr 2023/24 alle samt abgelehnt wurden. Dies mit der Begründung, dass das Deutsch der Schüler:innen zum Zeitpunkt des Semesterendes, also im Dezember 2022 zu schwach sei, um aufgenommen zu werden. Ausserdem werden die fehlenden Französischkenntnisse als Nicht-Aufnahmegrund genannt. Es scheint, als ob die "sur dossier" Anträge, welche die Sekundarlehrpersonen mit einigem Aufwand für ihre Schüler:innen erstellen, eine Alibiübung sind, die jedoch nicht zur Aufnahme an einer weiterführenden Mittelschule führt.

Die Basler Gymnasien haben hingegen einen anderen Weg gewählt: Die Schulen laden laut Aussagen der Seklehrpersonen die Schüler:innen zu einem Gespräch ein, in dem zusammen geklärt wird, wie die individuelle Situation der Schüler:innen aussieht und mit welcher Unterstützung die nötigen Sprachkenntnisse erworben werden können. Die Gymnasien erkennen an, dass bis zum Übertritt nach den Sommerferien noch ein halbes Jahr Zeit bleibt und es durchaus möglich ist, dass die Schüler:innen bis dahin noch Fortschritte erzielen können.

Laut der Geschäftsstelle der Schweizer Maturitätskommission steht es den Kantonen dann auch frei, den Zugang zu den Gymnasien für begabte Geflüchtete zu regeln – und diese auf die Maturaprüfung entsprechend vorzubereiten, auch beim Erlernen einer zweiten Landessprache (vgl. bz 12.02.23, H.C. Kellenberger). Wieso die Basler Mittelschulen sich dieser Haltung nicht anschliessen und eine ähnliche Handhabung bei der Zulassung zu ihrer Schule haben, ist für die Interpellantin nicht ersichtlich.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass es aktuell bei der Zulassung von aus der Ukraine geflüchteten Jugendlichen zu weiterführenden Schulen zu den oben genannten Schwierigkeiten kommt?
2. Wie sieht die Situation bei Jugendlichen aus, die aus anderen Ländern geflüchtet sind? Ergeben sich bei ihnen ähnliche Probleme beim Übertritt in eine weiterführende Mittelschule?
3. Mit welchen Massnahmen stellt der Regierungsrat sicher, dass die von den Sekundarlehrpersonen eingereichten "sur dossier" Anträge eine realistische Chance haben, angenommen zu werden?
4. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um allen geflüchteten Jugendlichen eine echte Chance zu geben, im schweizerischen Bildungssystem Fuss zu fassen?
5. In der SRF Tagesschau vom 31.01.23<sup>1</sup> wurde ausserdem aufgezeigt, dass viele geflüchtete Jugendliche neben der Schweizer Schule auch noch online Unterricht für ihre ukrainischen Abschlüsse haben und dass dies eine starke Doppelbelastung darstellt. Welche Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, um die hohe Belastung der Schüler:innen zu senken?

<sup>1</sup> <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/doppelbelastung-fuer-ukrainische-schuelerinnen-und-schueler?urn=urn:srf:video:799d0be1-0e98-464d-9895-bdac3b80178f>